



Luca Müller, 17 Jahre und Schüler aus Nürnberg, wohnt seit gut einem Jahr in der Wohngruppe Step e. V., Therapeutische Wohngruppe Dresdener Straße. Musste während der Corona-Lockdowns manchmal viel mit seinen BetreuerInnen diskutieren, um zu seinen Rechten zu kommen. Er ist zweiter Vorstand im Landesheimrat Bayern (=LHR).

Das große Interview mit

Luca Müller - über Landesheimrat, BUNDI, und Lockdown in Heimen

Du bist ja am Anfang von Corona in deine jetzige Wohngruppe gekommen. Wie war diese Umstellung für dich in der besonderen Situation?

Ich dachte mir, wenn ich in Nürnberg bin, geh ich erstmal zu einem FCN-Spiel, schau mir die Geschäfte und die Stadt an, und genieß das alles ein bisschen. Aber nix da! Ich war dann hier, aber man konnte nichts machen. Es war gleich voll Corona.

In deinem ersten Jahr beim Landesheimrat (=LHR) bist du schon zweiter Vorsitzender. Welche Erfahrungen hast du zum LHR mitgebracht?

Zwei Jahre lang war ich Klassensprecher. Bei den Pfadfindern war ich Sippenführer.

Hat der Landesheimrat deine Erwartungen erfüllt?

Ich war positiv davon überrascht, wie professionell das Gremium organisiert ist, mit Franziska als Geschäftsstelle, mit vielen Sitzungen, Arbeitsgruppen, und eigenem Budget. Erwartet hätte ich auch nicht, dass wir Kontakt zu so hohen Politikern haben würden, zum Beispiel der Staatsministerin für Jugend, Familie und Soziales Carolina Trautner.

Was konnte der LHR in der jetzigen Zusammensetzung bisher bewirken?

Wir konnten uns auf der Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder präsentieren, und auf der Kinder- und Jugendkonferenz mit Checker Tobi und eben der bayerischen Familienministerin. Wir haben unsere Anliegen beim Kinder- und Jugendhilfeausschuss in München vorgestellt. Ana hat sogar in einer Gesprächsrunde mit Angela Merkel teilgenommen. Mit dem „BUNDI“ haben wir eine Forderungsliste an die Bundesregierung geschickt. Die Themen auf der Forderungsliste stammen vom Bundesnetzwerktreffen, bei dem sich alle Ländervertretungen per Videokonferenz zusammengeschaltet haben. Den Namen BUNDI finde ich persönlich allerdings gewöhnungsbedürftig - so heißt auch ein Drogeriemarkt.

Was fordert der BUNDI? Und an wen habt ihr die Forderungen gestellt?

Wir haben an die Bundesregierung eine Mail geschickt. Wir fordern eine komplette Abschaffung der Kostenheranziehung und eine Förderung der Digitalisierung in Heimen. Partizipation soll stärker gefördert werden – mit einer Jugendlichen-Vertretung in jedem Bundesland.

Wer hat diese Forderungen verfasst?

Wir waren ungefähr 30 Jugendliche aus verschiedenen Bundesländern.

Was lief sonst beim BUNDI?

Aktuell reichen wir vom BUNDI ein 7-seitiges Schreiben an die Vereinten Nationen (beim „UN-Day of General Discussion“) über Kinderrechte in Deutschland ein. Unser Schreiben wird

dann in verschiedene Sprachen übersetzt. Außerdem hatten wir vom BUNDI einen eigenen Messestand beim Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag.

BUNDI: Bundesweite Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche in der Stationären Jugendhilfe. Zusammenschluss aller bisher existierenden Ländervertretungen innerhalb der stationären Jugendhilfe.

„Beim BUNDI müssen noch Strukturen geschaffen werden.“

Das BUNDI hat dieses Jahr so richtig Fahrt aufgenommen, ist mein Eindruck. Woran liegt das?

Das hat damit zu tun, dass wir vieles einfach online gemacht haben. So haben wir uns das viele Herumfahren gespart. Auch hatten wir wegen Corona vielleicht mehr Zeit uns beim BUNDI zu engagieren.

Wer ist beim BUNDI alles dabei?

Jeder aus jedem Landesheimrat kann teilnehmen. Derzeit sind das die Gremien aus Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern. Nächstes Jahr wird der BUNDI, hoffe ich, zu einer festen Gruppe werden, im LHR könnte es einen BUNDI-Beauftragten geben, oder die Vorsitzenden machen das. Da müssen noch Strukturen geschaffen werden, finde ich.

„Bewohner von Heimen hat Corona viel stärker getroffen als andere.“

Stationäre Jugendhilfen und Corona: Wie hat sich Corona auf die Beteiligung und Rechte der Kinder und Jugendliche in Heimen ausgewirkt?

Die Rechte wurden sehr stark eingeschränkt – natürlich auch sinnvoller Weise, aber oft in einem stärkeren Umfang, als es notwendig gewesen wäre. Bewohner von Heimen hat es viel stärker getroffen als andere. Viele durften ihre Familie nicht mehr besuchen, in vielen Einrichtungen musste immer Masken getragen werden. Es mangelte an Internet und Endgeräten um am Schulbetrieb teilzunehmen. Oft mussten Jugendliche an einem Computer zwei verschiedenen Unterrichten folgen. Mich selber hat es dauernd rausgehauen aus dem Unterricht. *(Auch dieses Interview wurde online geführt. Zum Glück konnte Luca den Raum wechseln, damit die Verbindung stabil blieb.)* Gehört habe ich auch von Heimbewohnerinnen, die jeden Tag auf den Marktplatz gehen mussten, um im öffentlichen WLAN am Unterricht teilzunehmen.

So nach dem Motto: „Da stehen wieder die armen Heimkinder, die zuhause kein WLAN haben?“

Ja, so etwas ist lächerlich. Und peinlich für die Betroffenen. Schämen sollten sich aber in erster Linie die Einrichtungen, die es nicht schaffen, die Voraussetzungen für einen würdevollen Onlineunterricht zu schaffen. Auch viele Quarantäneregeln waren überzogen. Wir mussten nach einer Beurlaubung zum Beispiel erst mal fünf Tage in Zimmerquarantäne. Schnelltests wurden nicht akzeptiert, oder waren nicht vorhanden. So mussten Jugendliche

mit einer normalen Erkältung teilweise bis zu zwei Wochen in Quarantäne bleiben, ohne dass sie getestet wurden.

Wer hat die Quarantäneregeln oder überhaupt die Coronamaßnahmen in den Heimen bestimmt?

Viele der Corona-Maßnahmen in Heimen wurden einfach von den Betreuern in den jeweiligen Heimen ergriffen. Sie sind zu stark auf Nummer Sicher gegangen. Viele Betreuer haben die Grundrechte der Kinder und Jugendlichen viel stärker eingeschränkt, als es der Staat vorgeschrieben hat. Mit welcher Berechtigung?

Was hätte es gebraucht?

Von der Politik ein einheitliches Konzept zur Corona-Bekämpfung in Heimen. Masken und Schnelltests hätten wir früher gebraucht. Und auch Handlungsanweisungen für die Einrichtungen, wie sie mit uns umgehen sollen. Da haben wir uns sehr im Stich gelassen gefühlt.

„Vom Recht auf Beteiligung wird in vielen Einrichtungen nur sporadisch Gebrauch gemacht.“

Konnten sich die Jugendlichen gegen übermäßige Einschränkungen beschweren?

Vom Recht auf Beteiligung wird in vielen Einrichtungen nur sporadisch Gebrauch gemacht. Oft wurden Maßnahmen beschlossen, ohne die Meinung von den Jugendlichen anzuhören. Der LHR Bayern hat auf einige Ungerechtigkeiten aufmerksam gemacht. Ansonsten gibt es Ombudsstellen. Die können aber nicht viel machen. Der Austausch zwischen Politikern und den jungen Menschen in Heimen kam erst sehr spät.

Beteiligung ist also zurückgefahren worden durch Corona?

Beteiligung ist zu wenigen Fachkräften bekannt, und es gibt keine Konsequenzen, wenn sie nicht umgesetzt wird. Viele Jugendliche kennen das Recht auf Beteiligung selber nicht, und fühlen sich daher hilflos. Deswegen setzt sich der LHR auch dafür ein, dass das Recht bekannter wird.

Hat sich die Situation mittlerweile gebessert?

Seit viele Betreuer geimpft sind, ist es besser geworden. Viele Einrichtungen haben sich auf die Notwendigkeit von WLAN für die Schule eingestellt. Von dort, wo es schlecht läuft, bekommt man nichts mit.

Was treibt dich persönlich an, dich für andere einzusetzen?

Ungerechtigkeit und Missstände machen mich traurig und wütend. Im LHR kann man da etwas dagegen machen. Die Gruppe der Jugendlichen in den Heimen wird zu wenig gehört. Für sie setze ich mich ein, bei Politikern und woanders. Das finde ich spannend.

Welche Perspektive siehst du für den LHR für die Zukunft?

Das BUNDI wird viel stärker ausgebaut werden. Damit können wir am meisten erreichen. Zu wenige Leute kennen den LHR Bayern – das muss sich ändern. Wir müssen die Jugendlichen auf den Plattformen erreichen, wo sie Tag für Tag sind, egal ob Instagram oder Facebook. In jeder Einrichtung soll es WLAN und Endgeräte geben, und Betreuer sollen sich in jeder Einrichtung damit auskennen.

Wirst du nochmal kandidieren für den LHR?

Auf jeden Fall. Nächstes Jahr geht es weiter.